

tungsjahr 1917/18 noch zur Gebühr erwachsenen Teilbetrages der Baukosten von 1647 K 66 h auf den Reservefonds zu verfügen.

Bürgermeister: Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß: Das bei dem Bau des Wirtschaftsgebäudes in Leopoldau erwachsene Mehrerfordernis von 822 K 42 h wird nachträglich genehmigt und die Ueberweisung des im Verwaltungsjahr 1917/18 noch zur Gebühr erwachsenen Teilbetrages der Baukosten von 1647 K 66 h auf den Reservefonds verfügt.

Bürgermeister: Zum Referate ersuche ich Herrn Gem.-Rat Dr. Mataja.

46. Referent Gem.-Rat Dr. Mataja: Post 24. Deutsch-österreichischer Gewerbebund um Subvention.

Der Deutsch-österreichische Gewerbebund ersucht um eine Subvention für den von ihm herausgegebenen „Gewerbefreund“ wie in den Vorjahren. Der Abgang für die Jahre 1916 und 1917 beträgt über 11.000 K. Es wird beantragt, für diese Jahre eine Subvention von je 2500, zusammen 5000 K zu bewilligen.

Bürgermeister: Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß: Dem Deutsch-österreichischen Gewerbebund wird zur teilweisen Deckung des durch die Herausgabe des „Gewerbefreundes“ in den Jahren 1916 und 1917 entstandenen Gebahrungsabganges per 11.638 K 49 h eine Subvention von je 2500 K pro 1916 und 1917, insgesamt daher von 5000 K nachträglich bewilligt.

Bürgermeister: Zum Referate ersuche ich Herrn Gem.-Rat Schneider.

47. Referent Gem.-Rat Schneider: Post 25. Neusystemisierung von Beamtinnenposten bei den städtischen Straßenbahnen.

44 Beamtinnen sind bereits bei den Streckenlassierinnen im Abgang, die Abenden haben sich auch bedeutend vermehrt, so daß die Neusystemisierung von 60 Stellen dringend notwendig ist.

Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Keine Einwendung. Angenommen.

Beschluß: Die Neusystemisierung von 60 Beamtinnenposten bei den städtischen Straßenbahnen wird genehmigt.

Bürgermeister: Zum Referate ersuche ich Herrn Gem.-Rat Dr. Stich.

48. Referent Gem.-Rat Dr. Stich: Post 13. Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Kleinwohnungsbau um Bestellung eines Baurechtes für Grundstücke im XIII. und XXI. Bezirke behufs Erbauung von aus Schweden einzuführenden Holzhäusern.

Der Gemeinderat hat vor einem Jahre eine Reihe von Maßnahmen zur Abwehr der Wohnungsnot beschlossen und hierbei den ersten Appell an die Regierung gerichtet, auch ihrerseits das ihrige zu tun. Nun wissen wir nicht, wie sich die Regierung zu unseren Anträgen stellt, wir wissen auch nicht, welche Stellung die Regierung gegenüber der Wohnungsfrage überhaupt einnimmt. Das kann ich aber sagen, daß die Gemeindeverwaltung zur Erfüllung ihres Programmes eine Reihe

von Vorarbeiten unternommen hat, und nun tritt sie heute mit einem neuen Projekte vor Sie, welches vielleicht geeignet sein könnte, palliativ in der Wohnungsfrage zu wirken. Dieses Projekt besteht in folgendem:

Es wurde der Zentralstelle für Wohnungsreform das Anerbieten von einer Weltfirma gemacht, daß aus Schweden Holzhäuser eingeführt und hier in Wien fertig aufgestellt werden könnten, um hier als Wohnhäuser verwendet zu werden. Der Herr Bürgermeister hat sich mit der Zentralstelle ins Einvernehmen gesetzt und von beiden Stellen wurden Fachmänner nach Schweden geschickt, um an Ort und Stelle Studien über die Holzhäuser zu machen. Der Bericht, den unsere Fachleute über diese Angelegenheit gegeben haben — es waren dies die Herren Magistratsrat Dr. Sagmeister und Bauinspektor Friedl — geht dahin, daß im großen und ganzen die Holzhäuser, wie sie in Schweden gemacht werden, wenn sie solid ausgeführt werden, in der Lage sind, für den Winter und Sommer Wohnstätten zu bilden. Vorhanden ist nämlich eine außerordentlich gute Bestandsdauer, ebenso ist die Feuericherheitsfrage eine ziemlich geklärte, hingegen sind auf der anderen Seite manche Schwierigkeiten und diese sind hervorragender Art folgende:

Es ist einmal der Schutz gegen das Ungeziefer bei den Holzhäusern kein bedeutender, im Gegenteil, es gibt zu vielen Bedenken für die Wiener Wohnkulturverhältnisse Anlaß. Ein anderes Hindernis ist, daß die Transportfrage eine außerordentlich schwierige ist und endlich drittens ist die Valutafrage eine derartige, daß sie eine Erschwerung der ganzen Aktion im Gefolge hat und daß dadurch der Bau selbst verteuert wird. Es ist auch möglich, daß in der jetzigen Zeit die Frage der Holzwohnhäuser von anderer Seite, auch von inländischer Seite, in Angriff genommen wird, so daß überhaupt Vorsicht geboten ist. Es hat sich daher der städtische Wohnungsfürsorge-Ausschuß entschlossen, schwedische Holzhäuser in Wien einzuführen und es hat die Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Kleinwohnungsbau sich bereit erklärt, bei der Erprobung dieser schwedischen Holzhäuser mitzutun und der städtische Wohnungsfürsorge-Ausschuß beantragt daher, daß dieser genannten Aktiengesellschaft ein Baurecht auf Liegenschaften im XIII. und XXI. Bezirke eingeräumt werde, damit sechs solcher Typen von schwedischen Holzhäusern in Wien aufgeführt werden können.

Die Bedingungen, unter welchen das Baurecht gegeben wird, sind die gewöhnlichen, nur kommt in dieser Frage, weil das Geschäft riskant ist, etwas neues hinzu: Die Gemeinde Wien verlangt von der Aktiengesellschaft, daß sie im Einvernehmen mit ihr die Mietpreise festsetzt und erklärt sich bereit, eine gewisse Garantie für einen eventuellen Ausfall zu leisten. Die anderen näheren Details sind aus der Vorlage zu ersehen und ich ersuche, die Anträge anzunehmen.

Bürgermeister: Es handelt sich nur um eine Probe. Herr Gem.-Rat Solz kontra.

Gem.-Rat Solz: Meine Herren! Ich habe mich kontra zum Worte gemeldet und eigentlich hat der Herr Referent selbst den Antrag durch eine Menge Argumente unterstützt, welche gegen den Antrag sprechen. Es handelt sich in merito nur um den Antrag, daß das Baurecht an die Firma abgegeben wird, aber es ist doch vielleicht eine Gelegenheit, um in ganz kurzen Worten über die gesamten Interessen, die da in Frage kommen, zu sprechen. Was die Häuser selbst anlangt, so sind sie wirklich